

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 25

Artikel: Wie hat es die Kriche mit dem Staat
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie hat es die Kirche mit dem Staat?

Das atheistisch regierte Polen ist ein Land von manifester Gläubigkeit, von kirchlichem Leben zwischen Selbstverständlichkeit und Trotz.

Auch wenn die überfüllten Kirchen, die Massenvallfahrten zur schwarzen Madonna von Tschenschostochau nicht als Heerschau deklariert sind, so werden sie doch und nicht nur nebenbei als Kundgebung gegenüber der Partei verstanden, die nichts Entsprechendes an Volkszulauf vorzuweisen hat, und schon gar nicht an spontanem Zulauf.

Und die Kirche braucht sich in Polen keineswegs nur auf die Alten zu stützen; die Jugend drängt sich zu den Gottesdiensten, zur Fronarbeit für kirchliche Bauten, wenn die staatlichen Zulieferbetriebe und Baufirmen aus Schlamperei oder Absicht «versagen». Die Jugend kommt, obwohl die Kirche in keiner Weise den anderswo modischen Kotau vor der marxistischen Ideologie macht, aber was heisst hier «obwohl»?

Die Kirche, der politischen Macht entkleidet, ist dennoch eine Macht im Staate. Wie setzt sie sich ein?

Zunächst zur Selbstbehauptung, und zwar im ganz direkten Sinne (die geistige Selbstbehauptung ist schon eher ein Problem der Kommunisten): Sie muss sich für die Rechte der Gläubigen wehren.

Wie in allen kommunistisch regierten Ländern gilt offiziell in Polen der Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Der Staat ist weltlich, und die Religion ist Privatsache.

Wenn dem doch wirklich so wäre! Das war der Ausruf des Studentenseelsorgers Ludwik Wiszniewski in seinem Brief an Parteichef Gierek (siehe ZB, Nr. 19/1977, S. 9, «Das Dokument»). Tatsächlich werden Gläubige diskriminiert, wenn sie ihren Glauben bekennen.

● Kirchlich engagierte Studenten werden behördlich eingeschüchert; man droht ihnen mit Relegation.

● Zu den massgeblichen Kriterien für eine wissenschaftliche Karriere gehört die Weltanschauung; es gibt keine Chancengleichheit für Gläubige.

● Die staatlichen Massenmedien verschliessen sich den Stimmen von Kirche und Gläubigen. Es fehlt deren Selbstdarstellung, von proportionalen Möglichkeiten gar nicht zu reden.

Die Kirche als Institution kämpft ihrerseits gegen die Einschränkung ihres privaten Wirkens. Zwei konkrete Motive dazu:

● Der Bau von Gotteshäusern, nach denen ein gewaltiges Bedürfnis besteht, wird immer wieder erschwert, verzögert oder gar sabotiert. Allerdings hat sich die Lage seit Gierek gebessert. Von 1971 bis 1976 wurden mehr Baugenehmigungen (365) für neue Kirchen erteilt als zwischen 1946 und 1970 (350).

● Die Freiheit des Religionsunterrichtes muss gegen Pressionen und organisatorische Massnahmen verteidigt werden. Er kann grundsätzlich ausserhalb der Schule erteilt werden, an soge-

nannten «Katechetischen Punkten», von denen es in Polen 1800 gibt. Zusammenlegungen solcher Stellen wurden staatlicherseits zwar mit besseren Arbeitsbedingungen für die Unterweisung begründet, aber gemeint war wohl (auch) ein erschwerter Zugang für die Schüler.

In ihrem Bestreben, sich ihre eigenen Rechte und die Rechte ihrer Gläubigen zu bewahren, ist die

Kirche in Polen unabhängig geblieben. Sie hat sich in keine Servilität begeben, sie hat sich keine staatsfromme Kirchenführung aufdrängen lassen und missioniert nicht für den Weltfrieden der sowjetischen Armee und ihrer kubanischen Hilfstruppen. Ihr Bekenntnis zur eigenen Kontinuität und Identität erwies sich als «unerschütterlich» oder «stur», je nach Standpunkt. Vor einigen Jahren noch galt das weitherum (auch im progressiveren Sektor der katholischen Kirche im Westen) als Anachronismus, der geschichtlich zu verstehen, wenn auch nicht gutzuheissen sei. Heute zählt man in Polen die Kirche zu den progressiven Kräften gegen die überlebten Vorstellungen der spröde gewordenen kommunistischen Ordnung, und zwar ohne dass die Kirche sich je bemüht hätte, durch Gesinnungswandel mit der Zeit zu gehen.

Mit Beharrlichkeit ist die katholische Kirche Po-

4^{3/4} ANLAGE-HEFTE
4^{1/2}
KASSA-OBLIGATIONEN
COUPON für Geschäftsbericht in neutralem Couvert

Name _____
Strasse _____
Ort _____

CITY BANK
8021 Zürich
Falsstrasse 83
Tel. 01 21 76 11

Teppiche als Kunstwerke.


Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich



Zabelischensky: „Während die UdSSR sich damit brüestet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN/WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen
280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, DM 26,-

Authentische Berichte über die brutalen Verfolgungen und Folterungen in der Sowjetunion. Die FAZ urteilt: „Die Kopenhagener Sacharow-Anhörung hat das düstere Panorama eines totalitären Staates entrollt. Die eindringliche Lehre von Kopenhagen ist: Der Westen kann helfen, wenn er immer wieder auf das Geschick einzelner hinweist, kann er es wenden. Darum ist Kenntnis so wichtig.“ Verschaffen Sie sich diese Kenntnis aus erster Hand von denen, die die selbst erlittene Unmenschlichkeit in Kopenhagen für dieses Buch zu Protokoll gegeben haben!

..... **Bestellschein**

An den
Verlag Johann Wilhelm Naumann
Postfach 54 60
8700 Würzburg 1

Ich bestelle
... Ex. 24 Zeugen, 280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, zum Preis von je DM 26,-

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Unterschrift

lens auch für Anliegen eingetreten, welche die kirchlichen Eigeninteressen sprengen, aber zu ihrem Glaubensgut gehören. Insbesondere hat sie sich zum Anwalt von Familie und Lebensrecht gemacht. So wie sie früher gegen weltliche Ehescheidung kämpfte, so kämpft sie noch immer gegen Schwangerschaftsabbruch, wobei sie je nach der demographischen Politik des offiziellen Warschauer Widerstand und bald Rückhalt bietet.

Wie aber verhält sich die Kirche und die kirchliche Volksmacht zur Politik? Hier haben sich im Laufe der letzten Jahre Anzeichen zwar nicht eines Wandels, wohl aber einer stärkeren Akzentsetzung ergeben. Die Kirche hat sich gewiss stets für die Unterdrückten verwendet, doch nicht notwendigerweise im Schulterschluss mit ihnen. Heute zeigt es sich, dass sie nicht nur für die Rechte der Gläubigen, sondern zum Beispiel auch für die Rechte der Arbeiter auftritt. Wird die Kirche zu einer Kraft in der Oppositionsfront?

Es gehörte bis 1976 zu den Eigenheiten der polnischen Szenerie, dass die oppositionellen «Sektoren» einander fremd waren. Im Frühjahr und Sommer 1968 kam es in Polen zu einer Auflehnung der Intellektuellen gegen das Gomulka-Regime und zu Studentenunruhen. Die Arbeiterschaft war unbeteiligt. Die Kirche ihrerseits äusserte sich, parteinehmend für die Opfer, aber nicht für deren Anliegen. Kardinal Wyszyński verurteilte die polizeilichen Prügel für die Warschauer Jugendlichen. Im Konflikt zwischen ihnen und dem Staat nahm er aber nicht Partei. Und die intellektuellen, laizistisch-pluralistisch bis neomarxistisch argumentierenden Rebellen hätten wohl auch eine Bekundung von Wahlverwandtschaft als peinlich empfunden. Es war eine liberale Revolte, die sich als Gegensatz zum überwundenen Konservativismus empfand.

Die Unruhen vom Dezember 1970 waren dann eine spezifische Sache der Arbeiter. Die Intellektuellen standen abseits, wenn sie auch nachher die Gelegenheit zur erweiterten öffentlichen Diskussion ergriffen, die ihnen die neue Parteiführung guten Willens unter Gierek bot. Die Kirche wandte sich in den dramatischen Tagen mit Entschiedenheit gegen das Blutvergiessen. Ihre Auftritte waren eine Stellungnahme zu einem Zusammenleben unter menschenwürdigen Bedingungen. Diese versöhnende (nicht versöhnlerische) Grundhaltung mag übrigens Polen damals vor einem allgemeinen Volksaufstand und sowjetischer Okkupation gerettet haben. Und in den folgenden Monaten erhob die Kirche Forderungen nach Rückerstattung von früher beschlagnahmtem kirchlichem Eigentum, doch recht spezielle Anliegen angesichts der Dimensionen des damaligen Neubeginns.

Der Neubeginn musste dann redimensioniert werden, schon mit Rücksicht auf die Sowjets. Die polnische Parteiführung kompensierte ihre interne Liberalisierung mit einer Aussenpolitik von markanter Kremelfreundlichkeit und mit einer unablässigen Bekundung von Vasallentreue.

In diesem Zusammenhang kam es im Herbst 1975 zu einem bemerkenswerten Widerstand von Kirche, Arbeiterschaft und Intelligenzia zusammen, wenn auch bloss mit einem formellen Ergebnis: In der neuen Verfassung wurde die schon beschlossene Wendung vom «unerschütterlichen brüderlichen Bund mit der Sowjetunion» durch

den Vorsatz von «Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und andern sozialistischen Staaten» ersetzt.

Die Unruhen vom Juni 1976 aber führten dann zum direkten Zusammenschluss der eigentlichen Oppositionskräfte von aufbegehrenden Arbeitern und Intellektuellen. Das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) war ein organisatorischer Ausdruck dafür, und tatsächlich musste das Regime dem vereinigten Druck praktisch auf der ganzen Linie nachgeben. Die kirchlichen Voten ihrerseits brachten nunmehr (Herbst 1976 bis Frühling 1977) auch Solidarität mit den eingesperrten Arbeitern zum Ausdruck.

Gleichzeitig hat sich die Einstellung der liberalen Intelligenzia zur polnischen Kirche geändert. Man sieht in ihr zunehmend einen Partner im Kampf für intellektuelle Freiheit, ja nachgerade einen Emanzipationsfaktor. So kommt die Kirche in Polen zu einem neuen Image. Das sie so wenig gesucht hat wie andere, neue Images. Ein für viele Westler wohl unerwarteter Lohn der Treue zu sich selbst. Polnische Atheisten sind heute stolz auf diese Kirche, deren sich westliche Katholiken so lange geschämt hatten (und es in ihren etwas retardierten Elementen noch heute tun).

Aber wenn die polnische Kirche jahrzehntelang der Versuchung widerstanden hat, ihren «störrischen» Widerstand aufzugeben, so ist sie heute auch gegen die Versuchung gefeit, sich als oppositionelle Avantgarde aufzuspielen. Sie ist ohnehin auf ihre eigene Art ein Gegenstück zum Regime und gedenkt es zu bleiben. Sie will es nicht durch eine sowjetische Okkupationsarmee ersetzt haben.

Der Kommentar

Evangelischer Dienst

Ende Oktober brachte der Schweizerische Evangelische Pressedienst eine kurze Information über eine Konsultation in Bern vom 31. März bis 3. April 1977 über: «Der Beitrag der Kirchen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — ethische Aspekte der Schlussakte der KSZE» (Nr. 47/1977, S. 5—6). Die Konferenz fand auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der Schweizerischen Bischofskonferenz statt. Im Schlussbericht über die Konsultation werden ein Katalog von Forderungen an die Kirchen sowie Anregungen an die Belgrader Nachfolgekonzferenz veröffentlicht.

Im Zusammenhang mit der Belgrader Konferenz wird u. a. festgehalten: «Die Kirchen sollen die zehn Prinzipien von Helsinki — auch wenn einzelne Prinzipien in einer harten Spannung zu anderen stehen — als eine Einheit betrachten.»

Die Kirchen sollten sich für die Menschenrechte einsetzen, aber nicht einseitig: «Die Kirchen sollen eine einseitig individualistische Konzeption der Menschenrechte überwinden helfen. Sie und

ihre Gemeinden möchten nachdenken über die biblischen Grundlagen des Verhältnisses von Individual- und Sozialethik. Der Begriff der Person, der Individuum und Gemeinschaft zugleich umfasst, sollte vertieft werden.»

In dieser Beziehung nahm die Konsultation ungewollt eine ähnliche Stellung ein wie der Ostblock. Auch der Osten protestiert ständig dagegen, dass einzelne Teile des Helsinki-Dokumentes aus ihrem Zusammenhang gerissen und falsch interpretiert werden. Er verlangt die Prüfung der Einhaltung der Schlussakte als Ganzheit. Nur erweist sich das als unmöglich, z. B.:

Wie können das Recht auf die Selbstbestimmung und die Anerkennung des territorialen Status quo (auch wenn die Möglichkeit einer friedlichen Neuregelung vorbehalten ist) einerseits und die Einverleibung grosser fremder Gebiete in die Sowjetunion andererseits auf den gleichen Nenner gebracht werden?

Wie können die Achtung der nationalen Gesetzgebung und die Verwirklichung des «Dritten Korbes» über Informationsaustausch und humanitäre Rechte miteinander verbunden werden, wenn die sowjetische Gesetzgebung sowohl die Informationsfreiheit als auch den zwischenmenschlichen Verkehr verunmöglicht und statt Zusammenarbeit der Regierten eine Zusammenarbeit der Regierenden verlangt?

Wie kann man über die Achtung der Menschenrechte sprechen, wenn das Menschenrechtskonzept in Rechtsstaaten und in Diktaturen ganz verschieden ist?

Wie kann man über Nichteinmischung reden, wenn eine der Parteien die Vorbereitung der Revolution im gegnerischen Lager für Selbstbestimmung des Volkes über das soziale System erklärt und dies deshalb mit voller Energie, politisch, «moralisch» und auch finanziell (durch den «Friedensfonds» der Sowjetunion) unterstützt?

Wie soll die Freiheit der Religionsausübung gewährleistet werden, wenn die Tätigkeit der Kirchen den Geboten und Verboten des sowjetischen Vereinsrechts unterstellt ist?

Ein Grundprinzip des sowjetischen Menschenrechtskonzeptes ist die Unterordnung des individuellen Menschenrechts unter die Interessen der Gemeinschaft. In der neuen Sowjetverfassung — wie auch in einigen osteuropäischen Verfassungen in den letzten Jahren — wird gesagt, die Grundrechte und -pflichten seien untrennbar. Der Gebrauch der staatsbürgerlichen Rechte sei an die Erfüllung der Pflichten gebunden. Diese Pflichten bestehen gegenüber der «Gemeinschaft», d. h. der KP.

Ein liberaler polnischer Völkerrechtler, Prof. Symonides, schrieb in seinem vor einigen Monaten veröffentlichten Buch («Internationaler Schutz der Menschenrechte», polnisch): Subjekt der Menschenrechte sei das Individuum, aber in der Gemeinschaft. Und dabei betont er, das osteuropäische Menschenrechtskonzept habe auf internationaler Ebene eine grosse Wirkung erzielt!

Eine kirchliche Tagung hätte konkretere und spezifischere Fragen stellen können:

Warum werden die Geistlichen und die Angestellten der Kirchen in den meisten Ostblockstaaten der Rechte der Werk tätigen beraubt? Warum werden sie nicht als Werk tätige anerkannt? Warum darf die atheistische Propaganda vom Staat mit allen möglichen Mitteln gefördert werden,

(Fortsetzung auf Seite 16)